

Aus dem Gemeinderat – Sitzungsbericht vom 17.10.2013

Vergangene Woche tagte der Gemeinderat, nachstehend folgt die Sitzungszusammenfassung.

Vorstellung des Energieberichts der Gemeinde Zell u. A. 2012

Der Punkt wurde abgesetzt, weil der beauftragte Ingenieur terminbedingt nicht anwesend sein konnte.

Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)

Die Vergnügungssteuersatzung ist eine sogenannte Lenkungssteuer, um dem Anwachsen der Zahl der Spielautomaten in der Gemeinde entgegenzuwirken und zu verhindern, dass zahlreiche Spielhallen in der Kommune betrieben werden. Aus aktuellem Anlass weil Spielautomaten aufgestellt werden, soll die gültige Satzung an die Rechtsprechung angepasst werden, um Rechtssicherheit zu haben. Im Gemeinderat wurde die Neufassung der Satzung kurz beraten, dabei wurde von der Verwaltung betont, dass es wichtig sei, eine rechtsgültige Satzung zu haben um die Lenkungsfunction damit erfüllen zu können. Mehrheitlich wurde die Neufassung der Vergnügungssteuersatzung beschlossen. Der Satzungstext wird an anderer Stelle veröffentlicht.

Bausachen

Das kommunale Einvernehmen wurde zu folgenden Bauanträgen/-anfragen erteilt:

1. Neubau einer Produktionshalle, Schieferstr. 5
2. Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage, Fliederweg, Flurstück 815/2,
3. Nutzungsänderung des Fotostudios in ein Tonstudio, Uhlandstr. 2.

Der Antrag auf Neubau einer Verkaufs- und Lagerhalle für Getränke, Schieferstr. 3 wurde zurückgestellt, um mit dem Bauherren Gespräche wegen des Ausmaßes der versiegelten Fläche zu führen.

Sachstandsbericht zu den kommunalen Bauvorhaben

In 2013 hat die Verwaltung wieder einige Baustellen zu betreuen. Bauamtsleiter Gassenmayer erläuterte den jeweiligen Sachstand. Bei der Straßensanierung Bergstraße sind im ersten Bauabschnitt der Kanal, die Wasser- und Gasleitungen eingelegt bis zum Gebäude Haus Nr. 11. Die Straßenentwässerungsarbeiten sind begonnen, Anfang November 2013 werden die Radsteine gesetzt und die Gehwege hergestellt, so dass ab 18. November 2013 die erste Tragwerkschicht aufgebracht und private Vorflächen gestaltet werden können. Der 2. Teil der Straße wird im Frühjahr 2014 hergestellt. Bei der Straßenbaumaßnahme im Auchtert ist der erste Bauabschnitt fertig und der Belag aufgebracht. Derzeit werden die privaten Vorflächen angepasst und der 2. Bauabschnitt mit der Verbindung zur Frühlingstraße hergestellt. Sofern es die Witterungsverhältnisse zulassen, kann der Endbelag noch dieses Jahr aufgebracht werden. Bei der Schulsanierung sind alle Aufträge vergeben, derzeit wird die Wärmedämmung aufgebracht. Der Endputz folgt in 2-3 Wochen. Die Verschalung des Daches mit Blech ist abgeschlossen und die Fotovoltaikanlage seit 16.09.2013 in Betrieb. In der Schule muss noch die Heizungssanierung umbesetzt werden. Zur Kostensituation der Schulsanierung wurde berichtet, dass an derzeit bei 950.000 € Kosten liege und die Maßnahme vermutlich günstiger abschließt als die im Haushalt veranschlagten 1,05 Mio. €. Beim Hallenanbau für die neue Krippengruppe und den Gymnastikraum ist der Rohbau

fertiggestellt, der Estrich und die Fußbodenheizung eingelegt. Demnächst folgen die Fliesenleger- und Elektrikerarbeiten. Man ist zuversichtlich, die Maßnahme bis Anfang Dezember fertigzustellen. Was noch fehlt ist die Herstellung der Außenanlagen. Die Arbeiten hierfür sollen in der nächsten Gemeinderatssitzung vergeben werden. Die Einweihung des Hallenanbaus ist für den 15.12.2013 vorgesehen, am 3. Advent, wenn auch der Weihnachtsmarkt in der Ortsmitte veranstaltet wird. Bei der Kostensituation kann der Kostenrahmen von 1 Million € vermutlich nicht ganz eingehalten werden, nachdem die Preise in diesem Bereich angezogen haben. Vermutlich wird die Maßnahme 150.000 € teurer als veranschlagt. Die Gemeinde ist jedoch froh darüber, 50 % der Gesamtkosten über Landeszuschüsse finanzieren zu können.

Bei dem Tagesordnungspunkt wurde aus der Mitte des Gremiums hinterfragt, ob die Straßensanierung des Schelmahds gleich nach dem 2. Bauabschnitt der Bergstraße erfolgen kann. BM Link erwiderte darauf, dass Landesmittel hierfür beantragt sind und mit einer Entscheidung bis im Frühjahr 2014 zu rechnen sei. Allerdings müsse auch die Hochwassersituation in den Brunnenwiesen entschärft werden. Bei den Haushaltberatungen müsse das Gremium darüber entscheiden. Die umfangreichen Baustellen bringen viel Arbeit und Probleme mit sich, die bislang allerdings immer gelöst werden konnten. Das Gremium hat von den Sachdarstellungen Kenntnis genommen.

Verschiedenes

1. BM Link bat die Ratsmitglieder sich zur innerörtlichen Verkehrssituation Gedanken zu machen. Anfang Oktober 2013 wurde ein Kind auf dem Nachhauseweg von der Schule in der Kirchheimer Straße angefahren, weil er unachtsam die Straße überqueren wollte und dabei angefahren worden ist. Es wurde betont, dass der Autofahrerin kein Fehlverhalten angelastet werden kann. Das Landratsamt erklärte auf Anfrage, dass für einen Zebrastreifen nach wie vor die Richtgrößen von 50 Fußgängern/Stunde sowie 200 Fahrzeugen erforderlich sind. Diese Voraussetzungen werden für den Standort nicht erfüllt. Das Gremium müsse sich Gedanken machen, ob Tempo 30 oder Tempo 40 bei der Straßenverkehrsbehörde beantragt werden soll wobei Messungen im Frühjahr 2013 ergeben haben, dass Tempo 50 nur von 1,2 % der Fahrzeuge nicht eingehalten wird. Das Gremium sollte daher die Grundsatzfrage besprechen.
2. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde hinterfragt, wie die Asylbewerberunterbringungspflicht für die Gemeinde aussieht. Der Rathauschef antwortete darauf, dass im Gegensatz zu früher die Landkreise unterbringungspflichtig sind. Der Landkreis müsse derzeit monatlich 50 Asylbewerber unterbringen, also 600 Personen pro Jahr. Der Sozialdezernent des Landkreises führe derzeit Gespräche mit den Kommunen, um weitere Unterbringungsmöglichkeiten zu finden. Die Gemeinden seien grundsätzlich dazu bereit, den Landkreis bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Frageviertelstunde

Aus der Mitte der Zuhörer wurde hinterfragt, wie die rechtliche Situation mit den Taikotrommlern aussieht. BM Link antwortete darauf, dass die Entscheidung darüber beim Landratsamt liegt. Außerdem wurde Bedauern darüber geäußert, dass die Einflugschneise des Flughafens zu Ungunsten der Gemeinde geändert worden ist.

Zum Verkehrsunfall mit dem Kind in der Kirchheimer Straße wurde von den Eltern betont, dass sie überzeugt sind, dass der Unfall hätte verhindert werden können, wenn ein Zebrastreifen in der Kirchheimer Straße zur Querung vorhanden gewesen wäre. Bürgermeister Link bedauerte erneut den Unfall und erklärte, dass es schrecklich sei, wenn solche Vorfälle passieren. Der Unfall resultierte aus einem Fehlverhalten und das Gremium müsse nun diskutieren, was sinnvollerweise getan werden sollte. Die vorgegebenen Richtlinien durch die Straßenbehörde mit den Querungszahlen und den Fahrzeugen werden nicht erfüllt. Bei der Bushaltestelle ist eine Querungshilfe vorhanden. Von den Anwesenden wurde hinterfragt, weshalb auf Wegen zur Schule / Kindergarten keine Ausnahmeregelung eingefordert werden kann um Kinder zu schützen. Zudem wurde betont, dass viele Fahrzeuge auch die Omnibusse sehr schnell fahren und Kinder aufgrund ihrer Körpergröße nicht so gesehen werden. Der Gemeinderat soll sich daher Gedanken machen, wie das Problem gelöst werden kann. Gerne werden hierfür auch umsetzbare Vorschläge angenommen.

Ein weitere Zuhörer verwies erneut auf die Pflastersteinzeilen vom Gemeindepflegeheim kommend, die mit dem Rollstuhl oder Rollator nicht oder nur sehr erschwert überquert werden können. Der Rathauschef sicherte zu, in der Verbindungsachse zum Rathaus Abhilfemöglichkeiten zu suchen, damit die Pflasterzeilen mit Rollstuhl und Rollator besser überfahren werden können.